

Ilse Kestin

Ostermarsch 2014-04-19

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

der erste Ostermarsch fand 1958 statt. Seit 56 Jahren stehen wir also in der Tradition der Ostermärsche. Die Forderung Frieden schaffen ohne Waffen hat uns über Jahrzehnte begleitet. Unser Protest richtete sich in all den Jahren gegen jede Art von kriegerischer Auseinandersetzung. Im Besonderen richtete sich aber auch unser Protest auch gegen die Bedrohungen des Atomzeitalters. Allerdings sind wir zwei Jahre nach Fukushima und angesichts vieler aktueller Bedrohungen nach wie vor weit von dem Ziel einer friedlichen Welt ohne Waffen entfernt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Werte „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung zur Zeit in Europa einer doppelten Bedrohung ausgesetzt sind. Mit dem Sieg des Kapitalismus über den real existierenden Sozialismus ist eben nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern es wurden gesellschaftliche und geopolitische Kräfte und Dynamiken frei gesetzt, die zunehmend zu einer Bedrohung von Frieden und Abrüstung werden. Dies zeigt sich gerade am Beispiel der Ukraine.

Da ist zum einen eine Assoziierungspolitik der EU gegenüber der Ukraine, die man angesichts der Bedeutung der Krim für die russische Schwarzmeerflotte zumindest als fahrlässig bezeichnen muss. Und da ist zum anderen die militärische Annexion der Krim durch Russland, die völkerrechtswidrig ist. Aber weil das so ist, darf man nicht zuspitzen und populistisch hetzen! Eine militärische Konfrontation zwischen der Nato und Russland ist keine politische Option! Wir sind besorgt über die Entwicklung in und um die Ukraine und fordern alle Konfliktparteien auf, ihre Streitigkeiten auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen!

Es gibt keine gerechten Kriege. Hinter allen Kriegen stehen wirtschaftliche Interessen. Der zweite Weltkrieg war ein Krieg der Schwerindustrie und der Großbanken um Rohstoffe, Einfluss und Märkte. Industrie und Banken haben Jahr für Jahr an diesem Terrorkrieg immense Summen verdient, während Millionen von Menschen umgebracht, verwundet, ihrer Wohnung und ihrer Habe beraubt, evakuiert, eingesperrt und deportiert wurden. An allen diesen Opfern haben vor allem die Aktionäre verdient. Die der Deutschen Bank, von Daimler, AEG, IG Farben, um nur einige zu nennen.

Dieses Jahr fand zum 50. Mal die sogenannte Konferenz für Frieden und Abrüstung in München statt. Ein deutscher Bundespräsident erdreistet sich dort eine neue Rolle für Deutschland einzufordern. Gauck sprach sich dafür aus, die deutsche Rolle grundsätzlich zu überdenken. Sein zentrales

Argument: Deutschland dürfe nicht Weltabgewandtheit und Bequemlichkeit hinter seiner historischen Schuld verstecken. Sonst werde aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung. Er nutzte die Rede zu einem Appell für ein stärkeres außenpolitisches Engagement der Bundesrepublik. Deutschland sei „überdurchschnittlich globalisiert“ und profitiere daher „überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung“. Es sei daher für Deutschland das „wichtigste außenpolitische Interesse im 21. Jahrhundert“, diese offene internationale Ordnung zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

Das zeigt doch überdeutlich welche Interessen dahinter stecken! Interessen der Wirtschaft und des Kapitals! Die deutsche Regierung hat in 2013 Rüstungsexporte in Höhe von 8,87, also fast 9 Milliarden Euro gestattet. Beraten und genehmigt werden diese Exporte durch den Bundessicherheitsrat hinter verschlossenen Türen und unter höchster Geheimhaltung. In einer modernen Demokratie ein Anachronismus. Aber klar ist: Die Bundeskanzlerin und jetzt ein sozialdemokratischer Außenminister verantworten das Töten mit deutschen Waffen.

Im Zeitraum 2009 bis 2013 gingen 8 % aller Rüstungsexporte aus Deutschland nach Griechenland, wo die Rüstungsimporte natürlich nicht unter die aufgezwungenen Sparmaßnahmen fallen. Die Bundesregierung verordnet einerseits gerade Griechenland Sparmaßnahmen und harte Einschnitte in die Sozialsysteme um angeblich den Staatsbankrott abzuwenden, sorgt aber andererseits dafür, dass deutsche Firmen und Banken an eben diesem Bankrott immense Summen verdienen.

Diese Maßnahmen gefährden den sozialen Frieden nicht nur in Griechenland und führen zu einer weiteren Bedrohung des Friedens in Europa. Der gesellschaftliche Frieden wird in den Ländern der EU durch rechtspopulistische bis offen faschistische Organisationen und Parteien massiv bedroht. Die Wahlen in Ungarn, Frankreich und der Türkei sprechen ihre eigene Sprache. Das rechte Spektrum reicht von der Lega Nord in Italien über die deutsche AFD und neonazistische Parteien und Gruppierungen, über die freiheitliche Partei Österreichs, bis zum Front Nationale in Frankreich und diese Aufzählung ist nicht abschließend. Europaweit sind die Rechten auf dem Vormarsch und das ist nicht zuletzt dem erzwungenen Sozialabbau in den europäischen Krisenländern geschuldet.

Freundinnen und Freunde,

in diesen ganzen Kontext gehört auch der Umbau der Bundeswehr! In der Bundeswehr gehören schon lange Angriffsszenarien zum Selbstverständnis: "Warum kann ein rohstoffarmes, exportorientiertes Land wie Deutschland nicht endlich mal sagen, dass die Rohstoffversorgung gesichert werden muss und wie das erreicht werden soll. Schließlich hängt davon nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Stabilität des Staates ab" so Bernhard Gertz, ehemaliger Vorsitzender des Bundeswehrverbandes. Diese Angriffsdoktrin findet sich im Weißbuch der Bundeswehr und auch in der Nato-Doktrin wieder.

Die Kriege von heute sind Teil eines Verteilungskampfes um strategische Positionen zur Sicherung der Rohstoffressourcen. Wenn die Bundeskanzlerin durch die Welt reist, spricht sie insbesondere in den afrikanischen Staaten von humanitärer Hilfe und Menschenrechten, im Gefolge aber hat sie deutschen Rüstungsbetriebe und im Gepäck den Tod.

Denn der Kapitalismus braucht neue Märkte. Die Globalisierung ist seine Erfindung. Die Kapitalmärkte stehen an erster Stelle. Der Mensch ist Kostenfaktor. Wenn diese Märkte sich nicht von selbst erschließen lassen, werden „geeignete Mittel“ eingesetzt, bis hin zu Kriegshandlungen. Für die Öffentlichkeit ist dann die Lesart folgende: Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, Verfolgung von Terrorismus, Schutz der Betroffenen gegen Unterdrückung und Menschenverachtung, Befreiungskriege. Wo das hinführt, ist für uns alle am Beispiel Afghanistan sichtbar. Immer mehr Menschen sterben und die Gewalt eskaliert, wo alle von Befreiung und Frieden reden.

Lasst uns die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und für die Zukunft arbeiten, denn Waffen schaffen keinen Frieden, keine Demokratie, keine Sicherheit und keine Gerechtigkeit. Kriege, wie in Afghanistan, sind mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen.

Das Leiden von Millionen von Menschen auf allen Kontinenten dauert an. Irak, Iran, Gaza, Sudan, Äthiopien, Somalia, Mali, Syrien nur um ein paar wenige zu nennen. Dabei befinden wir uns doch in einer der längsten Friedensphasen, wie uns konservative Historiker glauben machen wollen. Doch allein die Kriege im 20. und 21. Jahrhundert zu zählen fällt schwer und diese Kriege zählen ihre Opfer schon längst nicht mehr. Tag täglich erleben wir Konfliktsituationen, die mit Terror, Menschenverachtung, Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit einhergehen.

Und Krieg ist die verbrecherischste Form von Ausländerfeindlichkeit! In der Weltwirtschaftskrise hat sich auch die Ernährungskrise weiter verschärft. Armut-, Ernährungs- und Klimakrisen sind ungelöst und werden immer mehr Kriege um Ressourcen und immer mehr Elend nach sich ziehen. Nur Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, der Kampf gegen Hunger und Armut und das Streiten für eine gerechte Verteilung von Wohlstand können dauerhaft Frieden schaffen. Freundinnen und Freunde, in Deutschland ist militärische Gewalt wieder zum akzeptierten Mittel der Politik geworden. Doch das Grundgesetz mit seinem Verbot von Angriffskriegen muss uneingeschränkt gelten!

Es kann daher nicht akzeptiert werden, dass der Auftrag der Bundeswehr grundlegend geändert wurde. Sie wurde von einer Verteidigungsarmee zu einer Kriseninterventionsarmee umgewandelt, in eine Freiwilligenarmee. Und diese Freiwilligkeit schafft die Scheinlegitimation an den Schulen für Nachwuchs zu werben.

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Schluss mit dem Werben fürs Sterben!

Deutschland schuldet der Welt keine Soldaten, sondern Beiträge für Frieden und Abrüstung!

Zusammen mit vielen Menschen auf der ganzen Welt, die auch ihren Friedenswillen bekunden, hat die Menschheit eine Chance auf Frieden.

Der Frieden mag nicht alles sein, aber ohne Frieden ist alles nichts!